

Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main, Liebigstr. 6

Verfasser: Dipl.-Volkswirt Gerhard Bessau

Abschlußtermin dieses Berichts: 15. Mai 1971 — Nachdruck auszugsweise nur mit Quellenangabe gestattet.

Erscheinen in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH., 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstr. 307; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 14,— DM (einschl. Zustellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 1,50 DM, Jahresabonnement 7,— (einschl. Zustellgebühr).

Druck: Plambeck & Co., 235 Neumünster

Nr. 2/1971 Juni

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Noch schärfer als im 1. Vj. des laufenden Jahres treten zur Jahresmitte die Konturen eines drohenden konjunkturellen Rückschlages in Erscheinung. Wenn auch über das Ausmaß einer möglichen Krise keine exakte Voraussage zu machen ist, so verrät sowohl der binnen- als auch außenwirtschaftlich bedingte Trend ihren besonderen Charakter: das Zusammenfallen von Inflation und zurückgehender Produktion.

Während die industriellen Erzeugerpreise weiter anziehen, nimmt zur gleichen Zeit die Kapazitätsauslastung ab, was zunächst zu ansteigender Kurzarbeit und zum rascheren Abbau der Zahl der offenen Stellen führt. Die Investitionstätigkeit beginnt zu stagnieren.

Aufgrund der engen politischen Bindung der Bundesrepublik an die USA wird von außenwirtschaftlicher Seite her dieser Prozeß noch verstärkt: der im Laufe des Frühjahrs übermäßig hohe Dollarzu- und abstrom — eine Folge des Vietnamkrieges — erzwang die Freigabe des DM-Wechselkurses. Damit wurde die seit längerem betriebene Aufwertung indirekt vollzogen. Die Konsequenzen werden sich im Exportsektor negativ bemerkbar machen, was auf einen Abbau von an sich schon gefährdeten Arbeitsplätzen hinauslaufen könnte.

Für die Masse der lohnabhängigen Beschäftigten wird die soziale Situation insofern noch gefährlicher,

als die Bundesregierung einseitig vom Standpunkt der Unternehmer ausgeht, um die „Stabilität wieder herzustellen“. Sie denkt dabei unter dem Einfluß des amtierenden Wirtschafts- und Finanzministers an die Stabilität der unternehmerischen Erträge, wenn sie den Gewerkschaften eine lohnpolitische „Konsolidierungspause“ aufdrängen will. Dafür nimmt sie eine Einschränkung der privaten Nachfrage in Kauf, obwohl der Anteil des privaten Verbrauchs am Sozialprodukt ohnehin rückläufig ist. Des weiteren baut sie solche öffentlichen Investitionen ab, die auf Dauer den Interessen der Arbeiterklasse entsprechen. Der Rüstungshaushalt bleibt dagegen unangestastet.

Abbau von öffentlichen Investitionen und massive Drosselung der Massenkaufkraft beschleunigen jedoch die rezessiven Tendenzen. Würden sich in dieser Phase der wirtschaftlichen Entwicklung die Gewerkschaften dem Druck von Regierung und Unternehmern beugen, dann wäre die Arbeiterklasse erneut hilflos der nächsten Krise voll ausgesetzt. Von den Unternehmenseinträgen her gesehen, ist eine aktive Lohnpolitik durchaus zu rechtfertigen; denn die Gewinne wuchsen 1970 gegenüber 1969 um über 10 Prozent, die zur Selbstfinanzierung dienenden Abschreibungen um 16,3 Prozent, wobei für 1971 keine ins Gewicht fallenden Investitionen mehr zu erwarten sind.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Industrieproduktion
- 1.3 Außenwirtschaft
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Beschäftigung
- 1.6 Umsatz je Beschäftigten

2 Unternehmerrgewinne

- 2.1 Bruttogewinne
- 2.2 Nettogewinne

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Bruttolöhne und -gehälter
- 3.2 Steuern und Abgaben
- 3.3 Nettolöhne und -gehälter
- 3.4 Preise
- 3.5 Realeinkommensentwicklung
- 3.6 Arbeitszeit
- 3.7 Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

4 Einkommens- und Vermögensverteilung

- 4.1 Einkommensverteilung
- 4.2 Vermögensverteilung
- 4.3 Staatliche Umverteilung

5 Zusammenfassung

Statistische Begriffe und Abkürzungen s. INFO 1/1971

Aus konjunkturellen und verteilungspolitischen Gründen sind daher weitere über die Inflationsraten hinausgehende Lohn- und Gehaltssteigerungen unerläßlich.

1.1 Sozialprodukt

Während 1970 der Unterschied des nominalen und realen Wachstums des Bruttosozialprodukts (BSP: Summe aller produzierten Güter plus Dienstleistungen, ausgedrückt in DM) 7,7 Prozent betrug, dürfte das Ausmaß der damit angezeigten Inflation auch 1971 beträchtlich sein. Das im 1. Vj. des laufenden Jahres trotzdem Kurzarbeit, Einstellungsstopp und Investitionsabbau anhaltend hohe produktive Wachstum ist aufgrund der immer rascheren Preissteigerungen nur noch zum kleinen Teil ein reales. Nach Anfang des Jahres von der Arbeitsgemeinschaft der (bürgerlichen) Wirtschaftsforschungsinstitute erstellten Prognosen würde sich 1971

- das BSP in jeweiligen Preisen um 9,5 Prozent (1970 12,6 Prozent),
- real um lediglich 3,5 Prozent (1970 4,9 Prozent)

erhöhen.

Die Inflationsrate betrüge dann 6 Prozent.

Für einzelne Sektoren werden folgende Zuwachsraten angenommen:

Steigerung gegenüber dem Vorjahr in %

	Verwendung des nominalen BSP	Preise
Privater Verbrauch	+ 9	+ 3,5
Staatsverbrauch	+ 14	—
Anlageinvestitionen	+ 10,5	+ 4,5

(Quelle: WWI-Mitteilungen, 2/3 1971, S. 40)

Abgesehen davon, daß die Schätzungen des Preisauflaufs inzwischen durch die neueste Entwicklung überholt sind, die Inflation 1971 die des Vorjahres aller Voraussicht nach übertrifft, ist wiederum nicht mit einer Anhebung des privaten Verbrauchs gegenüber den anderen Sektoren zu rechnen. Da die Staatsausgaben gemäß den Stabilisierungsbeschlüssen der Bundesregierung vom 9. Mai 1971 um einige Prozent niedriger ausfallen werden, die Investitionen möglicherweise noch rückläufiger sind als erwartet, wird die Zurückdrängung des privaten Verbrauchs ebenfalls nicht ausbleiben. Der Druck auf Löhne und Gehälter hat bereits eine Form erreicht, die nicht weit von einem faktischen Lohnstopp entfernt ist. Die Folgen werden sich im Konsumgüterbereich — vor allem bei langlebigen Konsumgütern — im 2. Hj. bemerkbar machen, sollten ihm die Gewerkschaften nachgeben.

Was die Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betrifft, so ergab sich bis 1970:

Beiträge zum BIP zu jeweiligen Preisen (Anteile in %)

	Land- u. Forstwirtschaft	Warenprod. Gewerbe	Handel u. Verkehr	Dienstleistg.	Staat, private Haushalte u. 3.
1966	4,2	53,3	19,2	13,1	10,1
1967	4,1	51,8	19,5	14,0	10,6
1968	3,8	53,1	18,8	14,0	10,4
1969	3,6	53,7	18,3	13,9	10,4
1970	3,1	54,2	17,9	14,2	10,6

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1970, S. 68; 2/1971, S. 74)

Das warenproduzierende Gewerbe, wozu Industrie, Handwerk, Baugewerbe, Bergbau usw. zählen, trägt allein mit über 54 Prozent zur Entstehung des BIP bei. Vom prozentual stärksten Abfall der Produktionsleistung wurde die Land- und Forstwirtschaft betroffen. Die sozialen Unruhen in diesem Bereich sind sicher als Reaktion auf die damit verbundene Ertragsminderung anzusehen.

Was den Unterschied zwischen nominaler und realer Veränderung des BIP im gleichen Zeitraum anbelangt, so drückte er sich in nachstehenden Größenordnungen aus:

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts

	BIP in Mrd. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
		zu jeweiligen Preisen	zu Preisen v. 1962
1966	492,1	+ 6,5	+ 2,8
1967	496,1	+ 0,8	— 0,3
1968	539,5	+ 8,7	+ 7,0
1969	603,2	+ 11,8	+ 8,1
1970	680,4	+ 12,8	+ 5,0

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1970, S. 68; 2/1971, S. 73 f.)

Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften (WWI) geht für 1971 von einem realen BIP-Zuwachs von lediglich 2 Prozent aus. Das bestätigt alle Meldungen über einen bereits eingesetzten rezessiven Trend. Da die WWI-Prognose die Entwicklung der Monate Dezember/Januar einbezogen, revidiert sie damit die Voraussagen des Sachverständigenrats, der noch in seinem Jahresgutachten 1970 von einer mindestens 4prozentigen Zuwachsrate für 1971 ausging. (Vgl. INFO 1/1971, S. 2)

1.2 Industrieproduktion

Die Zuwachsraten der industriellen Produktion nähern sich in der Tendenz langsam der Stagnationszone. Während im 3. Vj. 1970 die Industrieproduktion insgesamt noch um 4,8 Prozent zunahm, waren es im letzten Jahresquartal nurmehr 1,9 Prozent. Zwar belebte sie sich im Januar 1971 noch einmal recht kräftig, um im Februar jedoch um 2,1 Prozent zurückzufallen. Von Dezember 1969 bis Februar 1970 waren dagegen noch monatlich anwachsende Produktionsziffern verzeichnet worden.

Index der industriellen Nettoproduktion

(1962 = 100)

	1967	1968	1969	1970	1970	Veränderg. 1. Vj. 4. Vj. geg. Vorjahr in %
Industrie insges.	117,4	131,2	148,2	157,2	164,4	+ 1,9
Kohlenbergbau	83,5	85,2	86,5	85,9	87,7	+ 1,9
Eisenschaffende Industrie	112,4	128,8	145,2	144,7	131,6	— 13,3
Chem. Industrie	161,6	189,0	217,5	230,4	225,6	0,0
Maschinenbau	101,8	107,9	126,0	135,6	145,5	+ 1,6
Straßenfahrzeugb.	108,4	135,4	164,5	181,8	193,6	+ 7,7
Elektrotechn. Ind.	120,2	141,4	167,3	189,3	202,3	+ 4,2
Textilindustrie	101,9	118,2	129,9	130,4	138,1	+ 0,3
Nahrungs- und Genußmittelind.	121,4	128,2	134,4	138,6	148,7	+ 1,7

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 12/1970, S. 729* 1.; 4/1971, S. 195* 1.)

Verfolgt man die Produktionsergebnisse einzelner Industriesparten im 4. Vj. 1970, so war der Rückgang in der eisenschaffenden Industrie mit 13,3 Prozent gegenüber dem 4. Vj. 1969 besonders auffallend. Im 3. Vj. 1970 war erst ein Abfall von 0,8 Prozent eingetreten (vgl. INFO 1/1971, S. 2). Von ähnlicher Bedeutung für die allgemeine konjunkturelle Lage ist die Entwicklung der chemischen Industrie. Im 3. Quartal 1970 meldete sie noch ein Wachstum von 5,7 Prozent im Vergleich zu 1969 (3. Vj.), doch im 4. Quartal sank dieser Zuwachs auf null Prozent. Ein ebenso abrupter Produktionsrückgang traf die elektrotechnische Industrie: vom 3. zum 4. Vj. 1970 — 9,1 Prozent, während der Maschinenbau um 4,1 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum abnahm. Für diese drei sehr kapitalintensiven Zweige brachten auch die ersten Monate des laufenden Jahres keinen nachhaltigen Tendenzumschwung mit sich:

Veränderung der industriellen Produktion gegenüber dem Vorjahr in %

	Dezember 1970	Januar 1971	Februar 1971
Eisenschaff. Ind.	- 12,2	- 12,1	- 10,2
Chemische Ind.	- 2,7	+ 3,1	+ 5,1
Elektrotechn. Ind.	+ 0,7	+ 8,7	+ 1,2
Maschinenbau	- 2,8	+ 16,5	+ 3,1

(Quelle: BMWI Monatsbericht 4/71, Tabelle 1)

Ein Blick auf die vierteljährlichen Zuwachsraten der Netto-Produktion verdeutlicht noch eingehender den abwärtsgerichteten Konjunkturverlauf:

Zunahme der Nettoproduktion gegenüber dem Vorjahr in %

1969	1970			
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
10,5	9,8	6,6	4,8	1,9

(Quelle: BMWI Vierteljahresbericht IV/70, S. 6; Wirtschaft u. Statistik 4/1971, S. 195*)

Die Entwicklung des Nettoproduktionsindex der gesamten Industrie bis einschließlich Februar 1971 veranschaulicht — im Vorjahresvergleich — das Fortbestehen dieses Trends:

	Nettoproduktionsindex (1962 = 100)		Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %	
	1969/70	1970/71	1969/70	1970/71
Dezember	155,8	157,4	8,3	1,0
Januar	143,1	153,5	9,5	7,3
Februar	151,4	159,1	10,0	5,1

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 3/1971, S. 63*; 4/1971, S. 63*)

Die abwärts gerichtete Bewegung spiegelt sich auch in den prozentualen Veränderungen des Industrieumsatzes wider. Von Dezember 1970 bis Februar 1971 wurde folgender Verlauf statistisch erfaßt:

Veränderung in % gegenüber dem

	Vormonat		Vorjahr	
	Gesamt-	Auslandsumsatz	Gesamt-	Auslandsumsatz
Dezember	+ 2,3	+ 9,9	+ 11,6	+ 9,7
Januar	- 13,0	- 18,0	+ 8,0	+ 9,6
Februar	+ 2,1	+ 4,0	+ 7,7	+ 8,1

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 12/1970, S. 727*; 4/1971, S. 193*)

Bemerkenswert ist der absolute Rückgang des Gesamt- und des Auslandsumsatzes im Januar 1971 gegenüber Dezember 1970. Er wurde im Februar nicht mehr voll kompensiert. Die Zuwachsraten im Vorjahresvergleich müssen — wie auch die von September bis November 1970 (vgl. INFO 1/1971, S. 3) — mit dem Blick auf die Preissteigerungen beurteilt werden, so daß der reale Umsatzzuwachs noch geringer sein dürfte als in den Vormonaten.

Die sog. Stabilisierungsmaßnahmen der Bundesregierung und Bundesbank vom 9. Mai 1971, deren Kernstück die Freigabe des DM-Wechselkurses war (was einer indirekten Aufwertung gleichkommt), werden vor allem den Außenhandelsumsatz beeinträchtigen. Vom Exportgeschäft ist demgemäß keine Absatzstützung zu erwarten, so daß in den von Export relativ stark abhängigen Industriezweigen eine effektive Gefahr für die Arbeitsplätze besteht. Träfe dieser Umsatzverlust mit einer sich spürbar verschärfenden Absatzstocung im Inland zusammen, dann wäre selbst mit Hilfe binnenwirtschaftlicher Gegensteuerung der Bundesregierung ein stärkerer Arbeitsplätzeabbau nicht zu vermeiden.

Wie nachhaltig die Auslandsorientierung der Wirtschaft in der BRD anhält, verdeutlicht nachstehende Gegenüberstellung des Industrieumsatzes (Betriebe mit mindestens 10 Beschäftigten ohne Bauindustrie, Gas- und Wasserwerke für die öffentliche Versorgung; ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer):

	1969		1970		Zunahme 1970 geg. Vorj. in %
	Mrd. DM	in %	Mrd. DM	in %	
Gesamtumsatz	470,5	100	529,0	100	12,4
Inlandsumsatz	377,6	80,2	426,9	80,7	13,1
Auslandsumsatz	93,0	19,8	102,1	19,3	9,8

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1971, S. 106)

Wie in den Jahren zuvor entfielen auch 1970 fast 20 Prozent des Industrieumsatzes auf den Export, wobei sich knapp 70 Prozent davon auf folgende Industriezweige verteilten:

Auslandsumsatz ausgewählter Industriezweige

	1969		1970	
	Mrd. DM	in % des Auslandsumsatzes	Mrd. DM	in % des Auslandsumsatzes
Auslandsumsatz insgesamt	93,0	100,0	102,0	100,0
Maschinenbau	19,2	20,7	20,1	19,7
Straßen-, Fahrzeugbau	15,3	16,4	16,2	15,9
Chemische Ind.	14,7	15,8	15,6	15,3
Elektrotechn. Ind.	9,5	10,2	11,1	10,9
Eisenschaff. Ind.	6,3	6,8	7,4	7,2

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1971, S. 107)

Einen Anhaltspunkt für die konjunkturelle Situation der nächsten Monate vermitteln darüber hinaus die Auftrags-eingänge der Industrie.

Index der industriellen Auftragseingänge (ohne Bergbau, Nahrungs- und Genussmittelindustrie, Bauindustrie, öffentliche Energiewirtschaft):

	Auftragseingangs- index (1962 = 100)		Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in %	
	1969/70	1970/71	1969/70	1970/71
Dezember	179	194	16	8
Januar	172	174	7	1
Februar	184	185	14	0

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/1971, S. 64*; Wirtschaft und Statistik, 4/1971, S. 191*)

Noch eindringlicher als die Nettoproduktions- und Umsatz-ziffern gibt der Auftragseingangsindex von Dezember 1970 bis Februar 1971 das Eintreten der Konjunktur in die rezessive Phase wieder. Der Auftragseingangsschwund bis null Prozent im Februar 1971 — vergleicht man damit den Zuwachs im Februar 1970 — ist alarmierend.

Während die Aufträge aus dem Inland im Januar 1971 mit — 1,5 Prozent, im Februar 1971 mit — 0,8 Prozent gegenüber Januar/Februar 1970 konstant negativ blieben, war der Auftrags-eingang aus dem Ausland zwar noch positiv, jedoch von Januar bis Februar gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahres stark abfallend: Januar + 9,0, Februar + 4,1 Prozent (BMWl Monatsbericht 4/71, Tabelle III a).

Erstmals seit fünf Jahren stiegen die Auftragsbestände der Industrie nicht von Dezember auf März an. Von Dezember 1965 auf März 1966 ging der Krise eine Stagnation der Auftragsreserven voran, wie sie nun im März 1971 zu beobachten war.

Eine Aufschlüsselung der industriellen Auftragseingänge des 1. Vj. 1971 zeigt, daß die Zunahme von ca. 2 Prozent gegenüber dem Vorjahr allein dem Verbrauchsgüterbereich mit fast 13 Prozent zuzurechnen, während in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie ein Rückgang von fast 1 Prozent zu verzeichnen ist. Die Auftragseingänge aus dem Inland nahmen im Vergleich zu 1970 in beiden Industrien sogar um 3 Prozent ab. (Wirtschaftswoche, 20/1971, S. 4)

1.3 Außenwirtschaft

Der sog. außenwirtschaftlichen Absicherung galten Anfang Mai 1971 die Bemühungen der Bundesregierung, sowohl die neuerliche Währungs- als auch das Problem der Preisstabilisierung zu lösen. Obwohl beides im Zusammenhang steht, ist die Wechselkursfreigabe der DM kein wirksames Mittel, die außen- und binnenwirtschaftlich bedingte Geldentwertung zu stoppen.

Außenwirtschaftlich wirken zwei Faktoren inflationistisch: permanent hohe Warenexportüberschüsse und hoher Devisen-, insbesondere Dollarzufluß.

Handels- und Kapitalbilanzsaldo (in Mrd. DM)

	Handelsbilanz	Kapitalbilanz
1967	+ 16,9	- 10,0
1968	+ 18,4	- 7,3
1969	+ 15,6	- 18,9
1970	+ 15,7	+ 9,5
1969, 4. Vj.	+ 4,9	- 10,8
1970, 4. Vj.	+ 5,1	+ 4,8
1971, 1. Vj.	+ 3,7	

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/1971, S. 68*; Statistischer Wochendienst des Stat. Bundesamts 17/71)

1970 umfaßten die Exporte einen Wert von ca. 125,3 Mrd. DM, die Importe einen von ca. 109,6 Mrd. DM (Saldo 15,7 Mrd. DM). Im 1. Vj. 1971 betrug der Wert des Exports 33,1 Mrd., des Imports 29,5 Mrd. DM, was einem Saldo von 3,7 Mrd. DM entspricht.

Der positive Kapitalbilanzsaldo bezifferte sich 1970 auf rd. 9,5 Mrd. DM: einem langfristigen Kapitalexport von fast 4,5 Mrd. DM stand ein Import von rd. 14 Mrd. DM gegenüber. Zwar setzte im Januar 1971 eine hohe kurzfristige Kapitalausfuhr ein (Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten der Kreditinstitute gegenüber dem Ausland), die im Februar von einer weniger kräftigen Einfuhr abgelöst wurde, was einen negativen Kapitalbilanzsaldo für Januar/Februar 1971 von 3,6 Mrd. DM ergab. Bereits im März waren die Kapitalimporte so erheblich, daß die Devisenzuflüsse im 1. Vj. 1971 insgesamt 10,24 Mrd. DM ausmachten. In den ersten drei Aprilwochen strömten nochmals Devisen im Wert von 3 Mrd. DM in die BRD und allein am 5. Mai (auf dem Höhepunkt der Spekulation um die Aufwertung) 4 bis 4,5 Mrd. DM vornehmlich als Dollarbeträge. Die Devisenreserven der Bundesbank umfaßten danach etwa 65 Mrd. DM, davon rd. 40 Mrd. Dollar- und fast 15 Mrd. Goldreserven.

Mit der Freigabe des DM-Wechselkurses wurde der vorläufige Höhepunkt eines Prozesses erreicht, der die inflationistische Phase der Hochkonjunktur in der BRD widerspiegelt. Um den Preisauftrieb zu dämpfen, setzte die Bundesbank das völlig untaugliche Mittel der Hochzinspolitik ein. Sie hob den Diskontsatz innerhalb eines Jahres von 3 Prozent (21. 3. 1969) auf 7,5 Prozent (9. 3. 1970) an. Das Preisniveau wurde um die Höhe der Zinskosten hochgeschraubt. Das sog. Zinsgefälle zum Ausland verursachte dagegen einen zunehmenden Devisen-, vor allem Dollareinstrom. Die zudem unvermindert hohen Exportüberschüsse verstärkten den Spekulationseffekt von Monat zu Monat; eine Aufwertung sollte erzwungen werden. Im Zeitraum 1970 bis Februar 1971 gestalteten sich die Salden und die einzelnen Positionen der Kapitalbilanz wie folgt:

	Januar 1970 bis Februar 1971 (Mrd. DM)	
Saldo der Handelsbilanz		+ 27,4
Saldo der Kapitalbilanz		+ 6,8
darunter:		
Langfristiger Kapitalverkehr		- 4,3
Kurzfristiger Kapitalverkehr		+ 11,5

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/1971, S. 68*)

Die einer Aufwertung gleichkommende DM-Wechselkursfreigabe ist kein auf Dauer funktionierendes Instrument

gegen die Inflation, zumal die offiziell erklärte Absicht, zu der alten Parität von DM 3,66 pro Dollar zurückzukehren, den Dollarabfluß erschwert. Sicherlich könnte der bislang positive Handelsbilanzsaldo infolge verteuerteter Exporte und verbilligter Importe zum Teil abgebaut werden, was hingegen im Inland die Stagnationsgefahr vergrößern würde. Eine durch den Vietnamkrieg ausgelöste Dollarüberflutung der BRD, somit von den USA erzwungene Aufwertung fällt mit den ersten rezessiven Anzeichen auf dem Binnenmarkt zusammen; sie ist nicht konjunkturgerecht.

In dieser Situation wäre die Anwendung des Paragraphen 23 Außenwirtschaftsgesetz, mit dessen Hilfe der spekulative Devisenzustrom auf dem Verordnungswege abgewendet werden könnte, vorzuziehen gewesen.

Ferner wäre eine Politik der Erweiterung von Absatzmöglichkeiten in den sozialistischen Ländern für viele in Gefahr geratene Arbeitsplätze ein positiver Beitrag zur Abwehr einer ernsthaften Krise. Daß in dieser Richtung genügend Spielraum besteht, veranschaulicht ein Überblick über die regionalen Schwerpunkte des BRD-Außenhandels im Weltmaßstab:

Außenhandel nach Regionen (4. Vj.)

	Anteil am Export in %		Saldo der Handelsbilanz in Mrd. DM	
	1969	1970	1969	1970
Alle Länder	100,0	100,0	+ 5,0	+ 5,1
Kapitalistische Industrieländer	78,4	78,8	+ 4,6	+ 4,6
darunter:				
EWG	39,0	40,1	+ 0,9	+ 0,9
EFTA	23,4	22,5	+ 3,0	+ 3,3
USA	9,5	9,6	+ 0,2	- 0,0
Sozialistische Länder	4,5	3,9	+ 0,2	+ 0,1
„Entwicklungsländer“	16,9	17,1	+ 0,1	+ 0,4

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/1971, S. 69*)

Die Exportströme der BRD flossen 1970, 4. Vj. zu fast vier Fünfteln in kapitalistische Industrieländer, darunter ca. 40 Prozent in die EWG und annähernd 23 Prozent in die EFTA-Länder (Europäische Freihandelszone). Rd. 17 Prozent der Ausfuhr gingen in die sog. Entwicklungsländer, nur 9,6 Prozent in die USA. Die sozialistischen Länder nahmen dagegen lediglich 3,9 Prozent der BRD-Exporte auf. Im Vorjahresvergleich sank deren Anteil sogar um 0,6 Prozent ab, während der der kapitalistischen Industrieländer etwas höher war. Hinsichtlich der Handelsbilanzsalden ergaben sich auffallende Veränderungen nur beim Außenhandel mit der EFTA und den sog. Entwicklungsländern: der Saldo stieg um jeweils 0,3 Mrd. DM.

1.4 Investitionen

Konjunkturelle Höhenlagen und Krisen zeigen sich deutlich am Anteil der privaten und öffentlichen Investitionen am BSP. Seit 1965 durchlief er prozentual nachstehende Größenordnungen:

Private und öffentliche Bruttoanlageinvestitionen

	BSP zu jeweiligen Preisen in Mrd. DM	Bruttoanlageinvestitionen in Mrd. DM	In % des BSP
1965	460,4	122,2	26,5
1966	490,7	126,3	25,8
1967	494,6	114,4	23,1
1968	538,9	124,8	23,2
1969	602,8	146,2	24,3
1970	677,7	180,0	26,5

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 3/1970, S. 210*; 2/1971, S. 70)

Der Ifo-Investitionstest vom Dez. 1970 gab Anhaltspunkte für die Entwicklung der Investitionstätigkeit der privaten Wirtschaft für 1971. Danach steht außer Frage, daß auch in dieser Hinsicht die Hochkonjunktur ihr Ende gefunden hat. Erstmals seit 1968 ist mit abnehmenden realen Investitionsraten zu rechnen, da der angenommene nominale Zu-

wachs von 5 Prozent durch die Preissteigerungen mehr als absorbiert werden dürfte. Folgende Veränderungen bzw. Wachstumsraten sind für 1971 zu erwarten:

Bruttoanlageinvestitionen der Industrie

	In Mrd. DM		Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %	
	1970	1971	1970	1971
Verarbeitende Industrie	33,7	35,4	22	5
davon:				
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie*	13,1	13,8	25	5
Investitionsgüterindustrie	12,5	13,4	28	7
Verbrauchsgüterindustrie	5,1	5,1	10	0
Nahrungs- u. Genussmittelind.	3,0	3,2	6	8

(Quelle: Ifo Schnelldienst 51/52, 1970, S. 22; 43/44, 1970, S. 23)
* Steine, Erden; Elseneschmelzende Ind., Metallind.; Mineralölverarb., Chem. Ind.

Diese Prognose scheint inzwischen überholt zu sein; denn das WWI nimmt sogar einen Rückgang der realen Investitionen im Unternehmensbereich (ohne Wohnungswirtschaft) von 3 Prozent gegenüber 1970 an. Die nachlassende Gesamtnachfrage zwingt offensichtlich die Unternehmer, ihre Ende 1970 fixierten Investitionspläne „nach unten“ abzuändern.

Dieser Trend wird gemäß den sog. Stabilisierungsbeschlüssen der Bundesregierung vom 9. Mai 1971 mit einem gekürzten Investitionsprogramm von Bund, Ländern und Gemeinden zusammenfallen und somit das gesamte Investitionsvolumen der BRD im 2. Hj. 1971 erheblich verringern. Die im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung für 1971 angekündigten nominalen Steigerungen der öffentlichen Investitionen zwischen 10 und 11 Prozent, die als erste antizyklische Maßnahme aufgrund der nachlassenden Investitionstätigkeit der privaten Unternehmen gedacht waren, sind illusorisch geworden.

Unter diesen Voraussetzungen dürften auch die Annahmen der bürgerlichen Konjunkturforschungsinstitute in bezug auf die Investitionstätigkeit des laufenden Jahres hinfällig sein. Sie sagten noch Ende April 1971 einen realen Zuwachs der gesamten Anlageinvestitionen von ca. 3,5 Prozent im Jahresdurchschnitt voraus.

Diese Erwartungsgröße markierte ohnehin den möglichen Höchststand. Flankiert wurde sie durch Vorausschätzungen des privaten und Staatsverbrauchs. Die Anteile am BSP beliefen sich danach

— bei den Anlageinvestitionen	auf 26,6 % (1970: 26,5 %)
— beim Staatsverbrauch	auf 16,3 % (1970: 15,6 %)
— beim privaten Verbrauch	auf 54,6 % (1970: 54,8 %)

Nicht nur, daß damit die für den privaten Verbrauch günstigere Prognose des Jahreswirtschaftsberichts (vgl. INFO 1/1971, S. 5) überholt zu sein scheint (+ 1 Prozent gegenüber 1970), sondern auch die sich hieraus ergebenden Perspektiven für die allgemeine Wirtschaftslage 1971/72 sind besorgniserregend: Stagniert der private Verbrauch, sind Kapazitätsstilllegungen über den derzeitigen Stand hinaus unvermeidlich. Die Institute ermittelten im April eine 88-prozentige Auslastung, die um 3 Prozent auf 85 Prozent bis zum Jahresende zurückgehen würde. Sollten die Gewerkschaften dem Druck der Bundesregierung und Unternehmer erliegen und eine „Konsolidierungspause“ in der Tarifpolitik tatsächlich praktizieren, wäre nicht einmal die 85-prozentige Kapazitätsauslastung aufrechtzuerhalten. Die zunehmende Kurzarbeit (vgl. Kennziffer 1.5) würde in offene Arbeitslosigkeit umschlagen, wobei die von Nachfrage- und Auftragsrückgang betroffene Investitionsgüterindustrie die ersten Freisetzungen vornehmen würde.

Im Gegensatz zu 1969 und 1970 steht die Kapazitätsausdehnung als Investitionsmotiv sowieso nicht mehr im Vordergrund. Wie aus dem ifo-Test hervorgeht, trifft dies besonders für die Investitions- und Verbrauchsgüterindustrie zu. Dafür tritt vor allem in der Verbrauchsgüterindustrie die Rationalisierung als Zielsetzung bei der Erstellung neuer Anlagen hervor. (Vgl. INFO 1/1971, S. 5)

1.5 Beschäftigung

Im Laufe des Jahres 1971 nahm der Anteil der Arbeiterklasse an der erwerbstätigen Bevölkerung weiter zu. Im 4. Vj. 1970 waren von 27,4 Mio Erwerbstätigen 2,6 Mio (= 82,5 Prozent) Arbeiter, Angestellte und Beamte (ifo Wirtschaftskonjunktur, 1/1971, Beilage, S. 3).

In der Industrie entwickelte sich die Beschäftigung zwischen 1966 und 1970 monatsdurchschnittlich wie folgt:

Industriebeschäftigung

	Industriebeschäftigung		darunter Arbeiter	
	Insgesamt in Mio.	Veränderung geg. Vorjahr in %	in Mio.	Veränderung geg. Vorjahr in %
1966	8,4	-0,9	6,5	-1,9
1967	7,8	-6,5	5,9	-8,1
1968	7,9	+0,7	6,0	+0,7
1969	8,3	+5,2	6,3	+5,3
1970	8,6	+3,7	6,5	+3,2

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 8/1970, S. 474; 2/1971, S. 104)

Erst 1970 wurde der Stand der Industriebeschäftigung von 1965 (8,5 Mio) erreicht und geringfügig übertroffen. Besonders an der Beschäftigung wird absehbar, wie schwer die Folgen einer Überproduktionskrise (in diesem Fall 1966/67) zu überwinden sind.

Von Dezember 1970 bis Februar 1971 stieg die Zahl der Industriebeschäftigten nicht mehr an, wie noch ein Jahr zuvor, sondern sank von Monat zu Monat:

	Industriebeschäftigte in Mio		Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %	
	1969/70	1970/71	1969/70	1970/71
Dezember	8,48	8,62	5,1	1,7
Januar	8,49	8,59	4,9	1,1
Februar	8,53	8,58	4,7	0,6

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 12/1970, S. 726; 4/1971, S. 192; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/1970, S. 60*)

Die Zunahme der Beschäftigten war 1970 maßgeblich auf die von ausländischen Arbeitskräften zurückzuführen (1970 1,81 Mio gegenüber 1969 1,37 Mio und 1968 1,02 Mio).

Insgesamt lag im September 1970 der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte bei 9,1 Prozent aller abhängig Beschäftigten. Im März 1971 betrug die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte 2,04 Mio (BMW Monatsbericht 4/71, S. 5).

Von Januar bis März 1971 wurden folgende Arbeitslosenzahlen und offene Stellen (in 1000) gemeldet:

	Arbeitslose (I)		offene Stellen (II)		Differenz (III)	
	1970	1971	1970	1971	(I) - (II)	(I) - (II)
Jan.	286	286	723	621	437	335
Febr.	264	255	788	669	524	414
März	198	206	835	701	637	495

(Quelle und berechnet nach: Wirtschaft u. Statistik, 4/1971, S. 189*)

Zwar war im Januar 1971 die Zahl der Arbeitslosen gleich der des Vorjahres, doch nahm sie im Februar und März nicht in dem Maße ab wie ein Jahr zuvor. Für diese Arbeitslosen stehen zudem erheblich weniger offene Stellen zur Verfügung als 1970 und ihre Zahl wuchs im Februar und März 1971 gegenüber dem Vormonat weit langsamer im Vergleich zum vergangenen Jahr. Demnach macht sich auch auf dem Arbeitsmarkt der konjunkturelle Umschwung bemerkbar.

Des weiteren nahm die Kurzarbeit von Februar bis März stetig zu. Wurden von Januar bis Februar 63 000—64 000 Kurzarbeiter registriert, so stieg die Zahl im März 1971 auf 72 000 (BMW Monatsbericht, 4/71, S. 5).

Die Zahl der Betriebe, die auf Kurzarbeit übergangen, betrug im Zweijahresabstand von 1965—1971:

1965	1967	1969	1971
32	2323	55	743

(Quelle: Die Zeit, 14. 5. 71)

1.6 Umsatz je Beschäftigten

Wie hoch Arbeitsproduktivität und -intensität in der Industrie im Jahre 1970 waren, ergibt sich aus der Berechnung der Umsatzsummen je Beschäftigten. Aus ihnen ist zu schließen, daß 1970 ein nur um 3,6 Prozent höherer Zuwachs an Arbeitskräften fast die gleiche Höhe des Pro-Kopf-Umsatzes wie im Vorjahr erwirtschaftete. 1969 nahmen die Arbeitskräfte in der Industrie noch um 5,2 Prozent zu. Das Produktionsergebnis lag 1970 um 8,5 Prozent höher als 1969, 1969 um 10,3 Prozent über dem von 1968.

Beschäftigte und Umsatz in der Industrie (Monatsdurchschnitt)

	Beschäftigte in Mio	Umsatz in Mrd. DM	Umsatz pro Beschäftigten in 1000 DM
1966	8,4	32,3	3,9
1967	7,8	31,7	4,0
1968	7,9	33,8	4,3
1969	8,3	39,2	4,7
1970	8,6	44,1	5,1

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 1/1971, S. 11*; 2/1971, S. 104, 106)

Dem entsprechen folgende prozentuale Veränderungen:

	Veränderung gegenüber dem Beschäftigte	Umsatz	Vorjahr in %	Umsatz pro Beschäftigten
1966	-0,9	+ 3,6	+ 4,5	
1967	-6,5	- 1,9	+ 4,9	
1968	+0,7	+ 6,5	+ 5,8	
1969	+5,2	+16,0	+10,3	
1970	+3,7	+12,4	+ 8,5	

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 1/1971, S. 11*; 2/1971, S. 101, 106)

Von Dezember bis Februar 1971 zeigten sich im einzelnen folgende Entwicklungslinien:

1970/71	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %			
	Umsatz je Beschäft. in 1000 DM	Beschäftigte	Umsatz	Umsatz je Beschäft.
Dezember	5,6	1,6	11,6	9,8
Januar	4,9	1,1	8,0	6,7
Februar	5,0	0,5	7,7	7,2

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 12/1970, S. 727*; 1/1971, S. 11*; 4/1971, S. 182* f.)

2 Unternehmergewinne

2.1 Bruttogewinne

Die amtliche Statistik weist nur „Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ aus, die auch die entsprechenden Einkommen des Staates und der Selbständigen enthalten. Es ist zu berücksichtigen, daß die etwa 2,8 Mio Personen umfassende Gruppe der Selbständigen sehr einheitlich ist. Ihr gehören der kleine Gewerbetreibende ebenso wie der Großunternehmer an. Zwischen 1966 und 1970 entwickelte sich das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wie folgt:

Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

	in Mrd. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1966	129,5	+ 3,4
1967	127,2	- 1,8
1968	149,5	+ 17,6
1969	158,4	+ 5,9
1970	170,2	+ 7,4

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1970, S. 69; 2/1971, S. 80)

Die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen übertrafen 1970 das Vorjahresergebnis um 7,4 Prozent. Sie stiegen damit schneller als 1969, als sie sich gegenüber 1968 um 5,9 Prozent erhöhten. Dabei nahm die Gesamtzahl der Selbständigen gegenüber dem Vorjahr sogar um 1,5 Prozent ab (April 1970), so daß sich die gestiegenen Bruttogewinne pro Kopf im Durchschnitt noch mehr erhöht haben.

Außerdem stellen die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sog. Restgrößen dar, die aus mannigfaltigen Gründen nicht mehr zu verschleiern sind. Sie können daher nicht als wirkliche Gewinne gelten, sind also überwiegend heruntermanipulierte Profite.

2.2 Nettogewinne

Aussagekraft über die tatsächliche Steigerung und den Umfang der Gewinne besitzen annäherungsweise die Angaben über die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

	in Mrd. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1966	99,3	+ 3,4
1967	97,3	- 2,0
1968	117,1	+ 20,3
1969	122,3	+ 4,4
1970	135,3	+ 10,6

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1970, S. 71; 2/1971, S. 80)

Die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wuchsen 1970 gegenüber dem Vorjahr um 10,6 Prozent.

Bei den Unternehmern vergrößerten sich die Netto- schneller als die Bruttoeinkommen. Im Gegensatz dazu stiegen die Netto- aus abhängiger Arbeit langsamer als die Bruttoeinkommen. Die Ursache dafür ist die Steuerpolitik des Staates. Sie begünstigt die Unternehmer und benachteiligt die lohnabhängig Beschäftigten. (Vgl. Kennziffer 3.2)

Unter den 2,8 Mio registrierten Selbständigen sind sowohl Bauern, Händler, Handwerker, freiberuflich Tätige wie auch Großunternehmer. Ihr statistisches Durchschnitts-Nettoeinkommen belief sich 1970 auf 48 000 DM; das sind monatlich 4000 DM.

Selbständige ohne Landwirtschaft nach Nettoeinkommensgruppen (März 1970)

Prozentanteil an den Einkommensgruppen					
unter 300 DM	300-600 DM	600-800 DM	800-1200 DM	1200-1800 DM	über 1800 DM
4,5	9,0	12,3	23,8	21,6	28,8

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 3/1971, S. 172)

Da von den 1,8 Mio Selbständigen (ohne die in der Landwirtschaft Tätigen) 71,2 Prozent weniger als 1800 DM verdienen, ist es offensichtlich, daß von den 28,8 Prozent in der Einkommensgruppe über 1800 DM ein Teil erheblich mehr als die durchschnittlichen 4000 DM netto im Monat verdienen muß.

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Bruttolöhne und -gehälter

Die Bruttoeinkommen aus abhängiger Arbeit, in denen auch die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und die zusätzlichen Sozialaufwendungen enthalten sind, beliefen sich zwischen 1966 und 1970 auf:

Bruttoeinkommen aus abhängiger Arbeit

	In Mrd. DM	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %
1966	247,6	7,6
1967	247,9	0,1
1968	266,3	7,4
1969	300,1	12,7
1970	352,8	17,6

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1970, S. 69; 2/1971, S. 79)

1970 ergibt sich gegenüber 1969 eine Steigerung der Bruttoeinkommen um 17,6 Prozent. Es zeigt sich, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten 1970 eine beträchtliche Erhöhung ihrer Einkommen durchsetzen konnten.

Die monatlichen Pro-Kopf-Bruttoeinkommen schwächen diesen Eindruck indes ab:

Durchschnittsbruttolohn und -gehalt (monatlich) je Arbeiter, Angestellten und Beamten

	In DM	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %
1966	831	7,2
1967	857	3,2
1968	909	6,1
1969	993	9,2
1970	1138	14,7

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1970, S. 70; 2/1971, S. 79)

Es ist somit offensichtlich, daß der prozentuale Bruttolohn- und -gehaltswachstum je Beschäftigten in der Konjunkturphase 1968/70 geringer war als der der Bruttolohn- und -gehaltssumme. Diese verteilt sich auf eine größere Beschäftigtenzahl. Die Pro-Kopf-Zunahme betrug 1970 14,7 Prozent.

Erstmals seit 1968 ist 1970 die jahresdurchschnittliche Differenz zwischen Effektiv- und Tarifverdiensten (die Lohndrift) im Vorjahresvergleich unverändert geblieben, wie die Übersicht veranschaulicht:

	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in Prozent		
	Tarifverdienste auf Monatsbasis	Effektivverdienste je Beschäftigten	Lohndrift auf Monatsbasis
1968	3,9	6,1	2,2
1969	6,4	9,2	2,8
1970	11,9	14,7	2,8
1969, 1. Vj.	5,5	6,8	1,3
2. Vj.	5,9	9,0	3,1
3. Vj.	5,8	7,9	2,1
4. Vj.	8,5	12,5	4,0
1970, 1. Vj.	11,2	14,3	3,1
2. Vj.	10,9	14,8	3,9
3. Vj.	11,5	15,4	3,9
4. Vj.	13,8	14,3	0,5

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/1971, S. 67*)

Die Lohndrift nahm im 4. Vj. 1970 schlagartig ab, so daß sie — wie 1969 — auf das gesamte Jahr bezogen wieder nur 2,8 Prozent betrug.

Diese Stagnation ist ein Indiz für die auch den Arbeitsmarkt erfassende konjunkturelle Wende.

Wenn im gegenwärtigen Zeitpunkt die Gewerkschaften verstärkt auf eine tarifliche Absicherung der Effektivverdienste

drängen, so befinden sie sich in einer ungünstigeren Position als vor einem Jahr. Zum einen nehmen die Überstunden ab (vgl. Kennziffer 3.6), wird verstärkt zur Kurzarbeit übergegangen (vgl. Kennziffer 1.5), verringert sich die Differenz zwischen Arbeitslosen und offenen Stellen (vgl. Kennziffer 1.5), zum anderen sind die Gewerkschaften — ausgelöst durch die der BRD seitens der Dollarspekulation aufgezogene Währungs- und in tarifpolitischer Hinsicht massiven Pressionen ausgesetzt. Die Einkommenslage der Arbeiter wäre angesichts der Konjunkturabschwächung unter der gleichgerichteten Inflation gesicherter, hätten die Gewerkschaften spätestens in den Tarifrunden des vorigen Jahres die Effektivverdienste tariflich verankert.

Problematisch für die gewerkschaftliche Tarifpolitik bleibt die DGB-Zielprojektion in bezug auf Lohn- und Gehaltserhöhungen von 10,4 Prozent im laufenden Jahr. Sie wurde bereits Anfang Oktober 1970 vorgelegt, trotz der inzwischen eingetretenen massiven Preissteigerungen jedoch nicht mehr revidiert, was umso unverständlicher ist, als die an gleicher Stelle vorgenommene Vorausschätzung des Preisanstiegs für den privaten Verbrauch von 3 Prozent für 1971 längst überholt wurde (vgl. Kennziffer 3.4). Deshalb wäre eine der Inflation anzupassende Korrektur der Zielprojektion zumindest für das 2. Hj. dringend erforderlich.

Konjunktur- und tarifpolitisch bedenklicher sind dagegen die Abschlüsse im Bauhauptgewerbe und Steinkohlenbergbau. Hier stimmt die IG Bau, Steine, Erden für 1,6 Mio Beschäftigte einer Tarifierhöhung von nur 7,9 Prozent (ab 1. 5. 71), die IG Bergbau für 250 000 Beschäftigte einer von bloß 7,3 Prozent (ab 1. 6. 71) zu.

Die gegen die Gewerkschaften und damit gegen die abhängig Beschäftigten gerichtete Wirtschafts- und Finanzpolitik von Bundesregierung und Unternehmern läuft darauf hinaus, jenen die Inflation anzulasten. Doch da die Preisgestaltung in die Autonomie der Konzerne und Kartelle sowie der Bundesregierung fällt, hierbei auch keine Mitbestimmung anderer sozialer Gruppen besteht, tragen für die sich zuspitzende Inflation die Gewerkschaften keinerlei Verantwortung. Ebenso wenig existiert ein Zusammenhang zwischen Investitionen, Arbeitsplatzsicherung und gewerkschaftlicher Einkommenspolitik. Die übermäßige Ausdehnung der Investitionen (vgl. Kennziffer 1.4) mit einem einhergehenden Überangebot an offenen Stellen in der Zeit von 1969 bis 1970 deckte auf, daß trotz ansteigender Lohndrift und hohen Zinsen die Finanzierung der Investitionen kein Problem war.

Das Argument der Unternehmer, die schwindenden Erträge ließen keine Lohn- und Gehaltserhöhungen zu, sollen nicht die Arbeitsplätze bedroht sein, ist solange gegenstandslos, wie allein schon die hohen Abschreibungen (vgl. Kennziffer 4.1) günstige Selbstfinanzierungsraten für das laufende Jahr signalisieren.

Wenn seit Anfang Mai das Bündnis Unternehmer-Regierung offiziell auf Restriktionskurs geht, fördert es damit die Krise. Den Gewerkschaften kommt deshalb die Aufgabe zu, durch eine aktive Tarifpolitik den Anteil des privaten Verbrauchs am BSP auszuweiten und die Nachfrage zu stimulieren. Die ununterbrochenen Preissteigerungen müssen also überkompensiert werden. Ansonsten geht die verbrauchsbedingte Nachfrage im Gleichschritt mit der nach Investitionsgütern und der des Auslandes zurück, was unvermeidlich zur Absatzstockung und Entlassungen führen würde. Ein faktischer Lohnstopp, eine lohnpolitische „Konsolidierungspause“ würde den Lebensstandard der abhängig Beschäftigten negativ beeinflussen.

3.2 Steuern und Abgaben

Die seit 1968 kontinuierlich gestiegenen Bruttolöhne und -gehälter wurden durch zunehmend progressiv wirkende Steuern und Sozialabgaben drastisch reduziert, wie aus folgender Aufstellung zu ersehen ist:

	Arbeitgeber- beiträge zusätzl. Soz.- Aufwendg. Mrd. DM	Arbeitnehmer- beiträge zur Sozialvers. in Mrd. DM	Zunahme gegenüber d. Vorjahr in %	Lohnsteuer in Mrd. DM	Zunahme gegenüber d. Vorjahr in %
1967	30,01	21,15	2,1	19,11	1,7
1968	33,56	23,63	11,7	21,85	14,3
1969	38,06	27,52	16,5	26,92	23,2
1970	46,75	32,76	19,0	36,54	35,7
1970, 1. Vj.	—	—	—	7,49	—
1971, 1. Vj.	—	—	—	9,93	32,7

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1971, S. 79; BMF Finanznachrichten, 14/71, S. 8)

1970 war eine außerordentliche Steigerung der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung und der Lohnsteuer zu verzeichnen gewesen. Im 1. Vj. 1971 setzte sich diese Steigerung fort.

1970 mußten an Sozialversicherungsbeiträgen, zusätzlichen Sozialaufwendungen und Lohnsteuer rd. 116 Mrd. DM abgeführt werden = + 24,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Diese Abzüge machten 1970 32,9 Prozent der Bruttolohn- und -gehaltssumme aus gegenüber 31,0 Prozent 1969.

Nach dem erneuten scharfen Anstieg der gesamten Lohnsteuersumme im 1. Vj. dürfte dieser Prozentsatz 1971 noch höher sein.

Negativ beantwortet werden muß die Frage nach einer gleichwertigen Steuerbelastung der abhängig Beschäftigten und der Unternehmer. Die Schätzungen für 1971 laufen darauf hinaus, daß das Einkommensteueraufkommen lediglich um 0,9 Mrd. (+ 5,6 Prozent) steigt, das der Körperschaftsteuer um 0,5 Mrd. (- 5,9 Prozent) erneut sinkt, das der Gewerbesteuer nur um 0,4 Mrd. (+ 3,4 Prozent) höher liegen wird, dagegen die Lohnsteuer um 5,9 Mrd. (+ 16,8 Prozent) und die Steuern vom Umsatz um 2,8 Mrd. DM (+ 7,3 Prozent) anwachsen werden.

Vorläufige Ist-Entwicklung und Vorausschätzung einzelner Steuerarten

	1970		1971	
	in Mrd.	in %	in Mrd.	in %
Einkommensteuer	- 1,0	- 5,8	+ 0,9	+ 5,6
Körperschaftsteuer	- 2,2	- 20,0	- 0,5	- 5,9
Gewerbesteuer	- 3,9	- 27,2	+ 0,4	+ 3,4
Lohnsteuer	+ 8,0	+ 29,7	+ 5,9	+ 16,8
Steuern vom Umsatz	+ 4,4	+ 13,1	+ 2,8	+ 7,3

(Quelle: Ifo Schnelldienst, 5/1971, S. 19; BMF Finanznachrichten 5/71, S. 10, 13)

Diese unterschiedlichen Belastungen sind auf die Ausgestaltung des Steuerrechts, keineswegs auf die Gewinnentwicklung der Unternehmer zurückzuführen. Gerade in den Jahren 1968—1970 stieg das ausgewiesene Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen kräftig an (vgl. Kennziffer 2.1 und 2.2), jedoch erlaubt es das Steuerrecht den Unternehmern, entweder Steuerzahlungen zu verschieben oder ihnen langfristig überhaupt auszuweichen (permanente Steuerstundung). Schließlich verdeutlicht noch ein Überblick über die gesamte Einkommensteuerentwicklung, welche Steuervolumen der unterschiedlichen Belastung entsprechen:

Einkommensteuerbelastung von Unternehmern, anderen Selbständigen und der Arbeiterklasse (in Mrd. DM)

	insgesamt	Lohn-	Veranlagte Einkommen	Körperschaft-	Kapital- ertragsteuer
1967	43,9	19,6	15,8	7,1	1,5
1968	48,4	22,1	16,3	8,6	1,5
1969	56,7	27,1	17,0	10,9	1,7
1970	61,8	35,1	16,0	8,7	2,0
1970, 1. Vj.	14,2	7,5	3,9	2,4	0,4
1971, 1. Vj.	16,7	9,9	4,5	1,8	0,5

1967	+ 2,6	- 1,8	- 8,1	+ 0,9
1968	+ 12,9	+ 3,1	+ 21,1	+ 4,8
1969	+ 22,5	+ 4,4	+ 27,5	+ 11,4
1970	+ 29,7	+ 5,8	+ 20,0	+ 17,8
1971, 1. Vj.	+ 32,7	+ 15,2	+ 24,2	+ 21,8

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/1970, S. 52; BMF Finanznachrichten, 5/71, S. 10; 14/71, S. 8)

Die Steuereinnahmen im 1. Vj. 1971 bestätigen die Fortsetzung dieser Steuerpolitik.

Die Konsequenz aus diesem Mißverhältnis zuungunsten der Lohnsteuerpflichtigen müßte eine unverzügliche Steuerreform dergestalt sein, daß die einkommensteuerliche Freibetragsgrenze erheblich angehoben, darüber hinaus die steuerliche Begünstigung der privaten Investitionen eingeschränkt wird.

Völlig unzureichend ist dabei die im Rahmen der von der Bundesregierung vorgesehenen Steuerreform geplante Anhebung des Grundfreibetrags von 1680 DM auf höchstens 2400 DM im Jahr, d. h. 200 DM im Monat. Dieser Betrag liegt selbst noch unter den Sätzen der Sozialhilfe. Zudem wird die geringe Steuerersparnis durch die angekündigte Erhöhung der Mehrwertsteuer, die zu einer neuen Preissteigerungswelle führen wird, mehr als überkompensiert. Auch die Veränderung der Einkommensteuerprogression von bisher 19 bis 53 Prozent auf 16 bis 56 oder 58 Prozent mildert die Steuerbelastung der Mehrheit der Lohn- und Gehaltsempfänger nicht, da beispielsweise 1970 erst bei einem Monatslohn von mehr als 1600 DM der Steuersatz von 19 Prozent angewandt wurde, das Durchschnitts-Bruttoeinkommen sich jedoch im Monat je beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten auf 1138 DM belief (vgl. Kennziffer 3.1).

3.3 Nettolöhne und -gehälter

Die Nettolohn- und -gehaltssumme ergibt sich aus dem Bruttoeinkommen aus abhängiger Arbeit nach Abzug der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung, der zusätzlichen sozialen Aufwendungen und der Lohnsteuer.

Nettolohn- und -gehaltssumme

	in Mrd. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1966	178,48	+ 5,9
1967	177,65	- 0,5
1968	187,29	+ 5,4
1969	206,66	+ 10,4
1970	236,70	+ 14,5

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1970, S. 70; 2/1971, S. 79)

Ein Vergleich der jährlichen Zuwachsraten zeigt, daß die Nettobeträchtlich langsamer als die Bruttolohnsumme wuchs (vgl. Kennziffer 3.1):

1968	um 5,4 Prozent gegenüber	7,4 Prozent
1969	um 10,4 Prozent gegenüber	12,7 Prozent
1970	um 14,5 Prozent gegenüber	17,6 Prozent

Aufgrund der Lohnsteuerprogression und der steigenden Abgaben zur Sozialversicherung (vgl. Kennziffer 3.2) sind die Nettoeinkommen der Beschäftigten 1970 um 116,1 Mrd. DM hinter den Bruttoverdiensten zurückgeblieben. Seit 1968 bedeutet dies im vergleichbaren Zeitraum den größten Abstand zwischen den beiden Einkommenskategorien (1968 79,0 Mrd. DM; 1969 93,4 Mrd. DM).

Es ist zu erwarten, daß die Differenz zwischen monatlichen Netto- und Bruttoeinkommen größer als in der Vergangenheit.

Nettolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigtem Arbeiter, Angestellten und Beamten

	Monatsdurchschnitt in DM	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in, %
1966	680	5,8
1967	699	2,8
1968	732	4,7
1969	786	7,4
1970	881	12,1

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1970, S. 70; 2/1971, S. 79)

Arbeiter, Angestellte und Beamte nach Nettoeinkommensgruppen (März 1970)

	Prozentanteile in den Einkommensgruppen (in DM)					
	unter 300	300-600	600-800	800-1200	1200-1800	über 1800
Arbeiter	12,3	23,3	32,9	28,9	2,6	0,1
Angestellte	10,4	18,0	20,0	29,8	16,0	5,8
Beamte	—	3,4	10,6	40,4	31,8	13,4

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 3/1971, S. 172)

Bemerkenswert ist, daß die Mehrheit aller Arbeiter, Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten 1970 sogar noch weniger als den Durchschnittsverdienst von 881 DM bezog. Die amtliche Erhebung ergab, daß 68,5 Prozent der Arbeiter im März 1970 bis zu 800 DM verdienten. Das gleiche galt für 48,4 Prozent der Angestellten und 14 Prozent der Beamten. 35,6 Prozent der Arbeiter und 28,4 Prozent der Angestellten erhielten nur bis zu 600 DM Nettolohn bzw. -gehalt.

Die Lage der weiblichen Beschäftigten ist erheblich schlechter. 98 Prozent der Arbeiterinnen und 77 Prozent der weiblichen Angestellten bekamen bis zu 800 DM netto, 81 Prozent der ersteren und 48 Prozent der letzteren nicht einmal mehr als 600 DM.

Schließlich sei darauf hingewiesen, daß bei den Arbeitern die Einkommensgruppe zwischen 800—1200 DM gegenüber dem Vorjahr am stärksten wuchs, bei den Angestellten und Beamten dagegen diejenige zwischen 1200—1800 DM (vgl. INFO 1/1970, S. 6).

3.4 Preise

Die Verteuerung des BSP im Jahre 1970 um 7,5 Prozent gegenüber 1969 machte sichtbar, daß in der staatsmonopolistisch organisierten Wirtschaft einem Produktionsstets ein Inflationsboom folgt. Die Preisstabilisierungsbemühungen der Bundesregierung erweisen sich angesichts dieser nicht nur in der BRD gemachten Erfahrung als wirklichkeitsfremd. Auch nach den am 9. Mai 1971 gefaßten Beschlüssen wird der Preisauftrieb nicht zurückgehen. Selbst die Bundesregierung rechnet inzwischen mit einer mindestens 5prozentigen Steigerung der Lebenshaltungskosten im laufenden Jahr, was nach der jüngsten Entwicklung allenfalls eine Untergrenze bilden dürfte; denn schon im April 1971 lagen die Lebenshaltungskosten laut Statistischem Bundesamt um 4,8 Prozent höher als im entsprechenden Vorjahresmonat. Einen Hinweis auf eine höhere Inflationsrate, als sie im Preisspiegel der Lebenshaltungskosten zum Ausdruck kommt, gibt der Anstieg der industriellen Erzeugerpreise im Inlandsabsatz.

Im Februar 1971 überstieg er um 0,6 Prozent den der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Vergleich zum Vorjahr: das Verhältnis war 4,9 zu 4,3 Prozent.

Im Jahresdurchschnitt 1970 belief es sich auf endgültig 5,9 zu 3,8 Prozent, nachdem das Jahresgutachten 1970 des Sachverständigenrates nur von einer 5,1prozentigen Erhöhung der Erzeugerpreise ausging. Das höchste Niveau der industriellen Erzeugerpreise im Gegensatz zu den Kosten für die Lebenshaltung in den ersten Monaten des laufenden Jahres wird weiterhin das inflationäre Tempo beschleunigen.

Bis einschließlich März 1971 hatte die Preisentwicklung für die Lebenshaltung im einzelnen folgenden Verlauf:

Preisentwicklung bis März 1971 (1962 = 100)

	Lebenshaltungs- kosten Insg.	Wohnungs- miete	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Kraftfahr- zeuge, Fahrräder
1967	114,6	135,7	109,9	101,6
1968	116,4	146,0	116,7	102,0
1969	119,5	156,6	118,7	102,7
1970	124,0	163,4	127,4	107,3
1970, März	123,3	161,4	125,4	106,8
1971, März	128,9	170,2	135,8	122,9

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 4/1971, S. 232*; S. 234*)

Zwischen März 1970 und März 1971 stieg der Preisindex

- der Lebenshaltung insges. um 5,6 Punkte (4,5 %)
- der Wohnungsmieten um 8,8 Punkte (5,5 %)
- von Elektrizität, Gas, Brennstoffen um 10,4 Punkte (8,3 %)
- von Kraftfahrzeugen, Fahrrädern um 6,1 Punkte (5,7 %)

Schneller als der Preisindex für die Lebenshaltung insgesamt stieg von Februar 1970 bis Februar 1971 der ohne Nahrungsmittel; und zwar um 5,1 Prozent. (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 4/1971, S. 66*).

Die Anfang März 1971 von der Bundesregierung vorgenommene Anhebung der Bundesbahntarife trieb den Index für „Fremde Verkehrsleistungen“ gegenüber März vorigen Jahres um 6,4 Punkte = 5,1 Prozent nach oben, so daß die Lebenshaltungskosten ohne Nahrungsmittel noch rascher gestiegen sein dürften.

Dies ist für die Realeinkommenssituation nicht ohne Bedeutung.

3.5 Realeinkommensentwicklung

Die statistische Realeinkommenserhöhung, errechnet aus der Differenz zwischen der Steigerung der durchschnittlichen Nettoeinkommen und der der Lebenshaltungskosten, belief sich 1970 gegenüber 1969 auf 8,3 Prozent: erhöhtes Durchschnittseinkommen 12,1 Prozent (vgl. Kennziffer 3.3), erhöhte Lebenshaltungskosten 3,8 Prozent.

Hierzu ist jedoch zu bemerken: der Anstieg der Lebenshaltungskosten einschließlich und ohne Nahrungsmittel war uneinheitlich (vgl. Kennziffer 3.4). Von März 1970 bis März 1971 nahm der Index für Nahrungs- und Genußmittel um 3,2 Punkte, mithin 2,7 Prozent, von 1969 bis 1970 im Jahresdurchschnitt um 3,3 Punkte = 3,0 Prozent zu (Wirtschaft u. Statistik, 4/1971, S. 232*). Dieser verhältnismäßig geringere Anstieg als der der gesamten Lebenshaltungskosten verzerrt nun dadurch die effektiven Reallohne und -gehälter, daß der Anteil der Nahrungsmittel am privaten Verbrauch ständig zurückgeht. Für den sog. 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit „mittlerem“ Einkommen fiel er von 1965 bis 1969 um 3,4 von 34,0 auf 30,6 Prozent; einschließlich Genußmitteln betrug er 1969 36,1 Prozent. Die Masse der arbeitenden Bevölkerung wendet noch nicht einmal ein Drittel des Einkommens für Nahrungsmittel auf. Bei Beamten- und Angestelltenhaushalten mit „höherem“ Einkommen betrug der Anteil 1969 sogar nur 23 Prozent, mit Genußmitteln 27,1 Prozent. (Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 7/1970, S. 365; 1/1971, S. 55)

Das Gewicht der Nahrungsmittel nimmt daher innerhalb der gesamten Lebenshaltung auf, dafür das anderer Waren- und Dienstleistungsgruppen immer mehr zu.

Die amtliche Berechnung des Lebenshaltungskostenindex geht aber von einem über 30prozentigen Gewicht der Nahrungs- und Genußmittel bei Haushalten mit „höherem“ und fast 50prozentigem bei denen mit „mittlerem“ Einkommen

aus, während Mieten, Elektrizität, Gas, Brennstoffe mit Anteilen zwischen 9—11 bzw. 4—5 Prozent gewichtet werden (Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen, Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, 4/1971, S. 102).

Ohne Berücksichtigung der Nahrungsmittel würde sich nach obiger Berechnung das Realeinkommen (Löhne und Gehälter) 1971 gegenüber 1970 um lediglich 7,8 Prozent erhöht haben. Der effektive Wert dürfte auf jeden Fall unter dem 8,3prozentigen Anstieg liegen, wenn nicht noch weitere Änderungen der Gewichte vorgenommen werden müßten.

3.6 Arbeitszeit

Bis Oktober 1970 hielt die ab 1969 einsetzende Entwicklung über tariflicher Arbeitszeiten in der Industrie unvermindert an.

Die männlichen Arbeitskräfte arbeiteten im Oktober 1970 wöchentlich 2 Stunden länger als 1967 und 1 Stunde länger als 1968.

Nur geringfügig ging die bezahlte Arbeitszeit von Juli 1969 bis Oktober 1970 um 0,1 Stunden zurück.

Der Rückgang bei den Arbeiterinnen umfaßte im gleichen Zeitraum 0,2 Stunden; die Gesamtzeit bezahlter Wochenstunden blieb bei ihnen ebenfalls gegenüber 1967 recht hoch.

Da die tarifliche Arbeitszeit in der gewerblichen Wirtschaft von 1967 bis Oktober 1970 um 1,5 Indexpunkte (— 1,6 Prozent) zurückging (von 95,1 auf 93,6; 1962 = 100; Wirtschaft u. Statistik, 4/1971, S. 236¹⁾), war die Zahl der geleisteten Überstunden somit beträchtlich.

Die Zahl der durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten insgesamt erhöhte sich von 1967 bis Oktober 1970 um 4,3 Prozent. Hierin liegt eine der Ursachen für die in den letzten Jahren angestiegenen Reallöhne. Die Lohnentwicklung kann insofern nicht unabhängig von diesem Faktor gesehen werden, ein Grund mehr, die tarifliche der effektiven Entlohnung anzupassen, um auch in Zeiten konjunkturellen Rückgangs ein gleichmäßig hohes Einkommen der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Industrie zu garantieren.

Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten (bezahlte Wochenstunden) der Arbeiter in der Industrie

	männlich	weiblich	Insg.
1967	43,0	39,8	42,3
1968	44,0	40,6	43,3
1969	44,8	41,0	44,0
1970			44,0
1969, Oktober			44,4
1970, Januar			43,6
Oktober	45,0	40,9	44,1
1971, Januar			42,3

[Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 4/1970, S. 272²⁾; 1/1971, S. 214; Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen, Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, 3/1971, S. 70; Statist. Wochenblatt des Stat. Bundesamts, 17/71]

3.7 Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

Eine wachsende volkswirtschaftliche Belastung stellen die Kosten für Arbeitsunfälle dar. So hatten allein 1969 die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung hierfür Ausgaben von mehr als 5 Mrd. DM, ein gegenüber 1968 um 5,6 Prozent gestiegener Betrag. Dem standen Aufwendungen für Unfallverhütung und Erste Hilfe von nur 100 Mio DM gegenüber. Der völlige oder teilweise Ausfall der Arbeitskraft für die Produktion ist in diesen Zahlen nicht berücksichtigt, ebensowenig die individuelle Minderung des Lebensstandards infolge eines Unfalls. So liegen in der Tat die Kosten für Unfälle insgesamt weit über 5 Mrd. DM. 1969 fielen allein in der gewerblichen Wirtschaft 202 Mio, das entspricht 0,6 Prozent aller geleisteten Arbeitsstunden durch Unfälle aus (vgl. Unfallverhütungsbericht 1968/1969 der Bundesregierung, S. 175).

Angezeigte Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten, Wegeunfälle

	(in 1000)			
	Insg.	Arbeitsunfälle	Berufs- krankheiten	Wegeunfälle
1965	2938	2655	27	255
1966	2808	2542	26	240
1967	2417	2181	26	210
1968	2513	2264	26	224
1969	2631	2360	27	244

Angezeigte Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten, Wegeunfälle je 1000 Vollarbeiter

	Insg.	Arbeitsunfälle	Berufs- krankheiten	Wegeunfälle
1965	117,7	106,4	1,1	10,2
1966	112,2	101,6	1,0	9,6
1967	100,2	90,4	1,1	8,7
1968	103,3	93,1	1,0	9,2
1969	103,1	92,5	1,1	9,5

[Quelle: Unfallverhütungsbericht 1968/1969, Bundestagsdrucksache VI/1970, S. 134 I]

Die Krise 1967 führte nicht nur zu einem absoluten, sondern auch zu einem relativen Rückgang der gemeldeten Arbeitsunfälle — bezogen auf 1000 Vollarbeiter —, was im Zusammenhang mit der Furcht vor Verlust des Arbeitsplatzes zu sehen ist. Der Anteil der Berufskrankheiten pro 1000 Vollarbeiter blieb in den letzten Jahren ziemlich konstant, während Wegeunfälle nach 1967 zunahmen. Der größte Anteil entfällt aber nach wie vor auf die Unfälle unmittelbar am Arbeitsplatz, von denen 1969 92,5 von 1000 Vollarbeitern, in der gewerblichen Wirtschaft sogar 100 betroffen wurden. Das bedeutet, jeder 10. Lohnabhängige muß im Laufe eines Jahres damit rechnen, Opfer eines Arbeitsunfalls zu werden, deren Gesamtzahl 1969 2,6 Mio betrug.

Tödliche Unfälle

	Insg.	Arbeitsunfälle	Berufs- krankheiten	Wegeunfälle
1965	6865	4784	272	1809
1966	7006	4849	234	1923
1967	6597	4524	220	1853
1968	6198	4290	224	1684
1969	6247	4289	218	1740

[Quelle: Unfallverhütungsbericht 1968/1969, Bundestagsdrucksache VI/1970, S. 188]

Der Anteil der tödlichen Wegeunfälle an allen 6247 tödlichen Unfällen des Jahres 1969 liegt mit rd. 28 Prozent weit über dem an den gemeldeten Unfällen insgesamt. Einzeluntersuchungen (vgl. Unfallverhütungsbericht, S. 29 f.) lassen erkennen, daß schienengebundene Fahrzeuge das sicherste Transportmittel zu den Arbeitsplätzen sind. Somit müßte das System öffentlicher Verkehrsmittel sowohl ausgebaut als auch seine Benutzung wesentlich verbilligt werden.

Die Millionen von Arbeitsunfällen geben den Blick frei sowohl für die Überbeanspruchung der Arbeitskraft als auch für die fehlende Vorsorge in den Betrieben. Bezeichnend dafür ist, daß von 1 617 859 Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft 1969 nur 97 144 einen Sicherheitsbeauftragten besaßen und die gewerblichen Berufsgenossenschaften bloß 256 228 Unternehmen im Hinblick auf Unfallverhütung beaufsichtigten. Die Vergeudung menschlicher Arbeitskraft ist umso unverantwortlicher, als sie sich verringern ließe, wenn in der gewerblichen Wirtschaft mehr als nur 54 DM pro Unternehmen im Durchschnitt für Unfallverhütung und Erste Hilfe aufgewendet würden, wie im Jahre 1969.

4 Einkommens- und Vermögensverteilung

4.1 Einkommensverteilung

Trotz starker Lohndrift (vgl. Kennziffer 31) und relativ vielen Überstunden (vgl. Kennziffer 3.6) wuchs 1970 der

Anteil der Arbeiter, Angestellten und Beamten am um 12,6 Prozent gestiegenen BSP lediglich um 0,5 Prozent, ausgedrückt durch die Nettolohn- und -gehaltsquote:

	Bruttozoozialprodukt (BSP) zu jew. Preisen in Mrd. DM	Nettolohn- und -gehaltssumme in Mrd. DM	% -Anteil der Nettolohn- und -gehaltssumme an BSP
1966	490,7	181,6	37,0
1969	602,8	206,7	34,4
1970	679,0	236,7	34,9

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 3/1970, S. 210; 2/1971, S. 73, 79)

Der 1970 gegenüber 1969 zu verzeichnende Anstieg der Nettolohn- und -gehaltsquote um 0,5 Prozent findet seinen parallelen Ausdruck in dem im gleichen Zeitraum lediglich um 0,6 Prozent gewachsenen Anteil des privaten Verbrauchs am BSP (11,4 Prozent 1970; 10,8 Prozent 1969).

Wie die Übersicht zeigt, lag die Nettolohn- und -gehaltsquote 1966 — also auch während einer Vollbeschäftigungsphase — mit 37 Prozent um 2,1 Prozent über der von 1970, der Anteil des privaten Verbrauchs um 1,9 Prozent (1966 56,6; 1970 54,7 Prozent).

Wäre es das Ziel gewesen, die Nettolohn- und -gehaltsquote auf den Stand von 1966 zu bringen — was unter den günstigen konjunkturellen Voraussetzungen auf dem Arbeitsmarkt möglich war —, hätten 1970 die Nettoeinkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten um 14,5 Mrd. DM höher sein müssen. Stabilität wäre unter diesen Bedingungen dann kein Problem gewesen, wenn die investitions- und exportgebundenen Globalsummen eine Kürzung erfahren hätten, um die freigewordenen Kapazitäten für den privaten Inlandsverbrauch zur Verfügung zu stellen.

Damit besteht eine im Vergleich zu 1966 weiterhin fühlbare Kaufkraftlücke zwischen — relativ geringerer — Lohn- und Gehaltssumme (netto) und — relativ höherem — Produktionsausstoß (einschließlich Dienstleistungen). Diese Lücke wird verteilungspolitisch nicht nur kompensiert, sondern auch überkompensiert (mit inflationären Auswirkungen) vermittels

- hoher Profite;
- Abschreibungen, die über die Absetzung für normale Abnutzung hinausgehen und hauptsächlichste Selbstfinanzierungsquelle sind;
- Subventionen;
- Überschüsse der staatlichen Einnahmen über die Ausgaben.

Nur zum kleinen Teil wird der wirkliche Einkommensunterschied zwischen lohn- und gehaltsabhängig Beschäftigten einerseits sowie Selbständigen andererseits durch die nachstehende Übersicht verdeutlicht (zur differenzierten Einkommenssituation der Selbständigen vgl. Kennziffer 2.2):

Durchschnittliches Nettoeinkommen in DM je

	Selbständigen	lohnabhängig Beschäftigten
1966	rd. 32 800	rd. 8 200
1967	rd. 31 900	rd. 8 400
1968	rd. 39 600	rd. 8 800
1969	rd. 41 400	rd. 9 400
1970	rd. 48 000	rd. 10 600

(Quelle: Vgl. Kennziffern 2.2 und 3.3)

Welche Finanzmassen Abschreibungen, Subventionen und Überschüsse der staatlichen Einnahmen über die Ausgaben umfassen, geht aus folgender Aufstellung hervor:

	Abschreibungen	Subventionen (in Mrd. DM)	Überschüßbildung des Staates
1966	50,7	5,8	5,9
1967	53,8	5,6	0,5
1968	57,4	7,5	2,7
1969	63,7	7,8	17,4
1970	74,1	—	17,3

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1970, S. 452, 580*, 584*; 2/1971, S. 82; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/1971, S. 62*)

4.2 Vermögensverteilung

Obgleich die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1969 Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 10 000 DM und mehr nicht erfaßte, bestehen bei den übrigen, die die Mehrheit der Bevölkerung umfassen, beträchtliche Unterschiede im Hinblick auf den Grad der Vermögensbildung.

Lebensversicherungen sind kein echtes Vermögen, da sie eine Zukunftssicherung zur Ergänzung unzureichender oder — im Falle der Selbständigen — fehlender staatlicher Renten und Pensionen für den einzelnen bedeuten. Hausbesitz in Form von Einfamilienhäusern — und um einen solchen handelt es sich in der Regel bei einem niedrigen Einheitswert der Grundstücke — stellt ein dauerhaftes Konsumgut, aber ebenfalls kein wirkliches Vermögen dar.

Dennoch sind Lebensversicherungssummen wie Haus- und Grundbesitz sehr ungleich verteilt:

Haushaltsvorstand	Haushalte mit Lebensversicherungsvermögen in %	% -Anteil in Haushalten mit Lebensv. Versicherungssumme von unter 10 000 10 000-50 000 50 000 u. m. DM			
		unter 10 000	10 000-50 000	50 000	u. m. DM
Selbständiger	87,3	26,4	47,5	26,0	
Beamter	78,8	63,3	34,6	1,3	
Angestellter	80,2	54,2	36,2	9,6	
Arbeiter	83,6	77,2	22,4	0,3	
Landwirt	66,1	54,3	39,4	3,5	

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 12/1970, S. 606)

Bei 77 Prozent aller Arbeiterhaushalte belief sich die Lebensversicherungssumme auf weniger als 10 000 DM, während sie bei 74 Prozent der Selbständigen und 46 Prozent der Angestellten darüber lag, bei 26 Prozent der Selbständigen sogar über 50 000 DM.

Haushaltsvorstand	Haushalte mit Haus- u. Grundbesitz in %	% -Anteil in Haushalten mit Haus- und Grundbesitz			
		Einheitsw. d. Grundstücke (Stand 1935) von unter 10 000 10 000-20 000 20 000 u. m. DM			
Selbständiger	65,6	51,6	26,4	22,0	
Beamter	38,6	64,4	27,7	6,9	
Angestellter	34,6	68,2	23,8	8,0	
Arbeiter	36,6	81,0	16,1	2,5	
Landwirt	96,2	49,9	30,8	19,2	

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 12/1970, S. 611)

Über Haus- und Grundbesitz verfügen nur etwas mehr als ein Drittel der Arbeiter, Angestellten und Beamten gegenüber zwei Dritteln der Selbständigen. Daß Landwirte zu 96 Prozent Häuser und Land besitzen, ergibt ihre Stellung im Beruf unter privatwirtschaftlichen Bedingungen. Umso bedeutsamer für die schwache wirtschaftliche Position ihrer Mehrzahl ist es, daß sich der Einheitswert ihrer Grundstücke bei der Hälfte von ihnen auf weniger als 10 000 DM bezieht. Der überwiegende Anteil grundbesitzender Arbeiterhaushalte, nämlich 81 Prozent, ist Eigentümer von Grundstücken mit Einheitswerten unter 10 000 DM, während bei der Gruppe der Selbständigen für 48 Prozent, der Beamten für 36 Prozent, der Angestellten für 32 Prozent Einheitswerte von mehr als 10 000 DM gelten, für 22 Prozent der Selbständigen sogar mehr als 20 000 DM.

4.3 Staatliche Umverteilung

Der Unterschied hinsichtlich des effektiven Steueraufkommens von Unternehmen und Selbständigen einerseits sowie der Arbeiterklasse andererseits (vgl. Kennziffer 3.2) wird auch 1971 durch keine Neuorientierung der staatlichen Haushaltspraxis korrigiert, geschweige denn aufgehoben werden. Ebenso wenig kann sie auch die Einkommensverteilung zugunsten der lohn- und gehaltsabhängig Beschäftigten rechtferigen.

Die ursprünglich beschlossene Ausweitung des Bundeshaushalts um 9,2 Mrd. DM (+ 10,1 Prozent) gegenüber 1970 schlug sich schon im Ansatz u. a. in einer — gemessen an den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung — völlig unzureichenden Anhebung der Etats für Städtebau und Wohnungswesen um 0,7 Mrd., Jugend, Familie, Gesundheit um 0,7 Mrd., Arbeit und Sozialordnung um 0,9 Mrd., Bildung und Wissenschaft um 1,2 Mrd. DM nieder.

Für Verteidigung (einschließlich Zivilverteidigung und Verteidigungslasten) wurden stattdessen 2,7 Mrd. DM Mehrausgaben bewilligt.

Die Gesamtausgaben des Verteidigungsetats (einschließlich Zivilverteidigung und Verteidigungslasten) belaufen sich danach auf 22,8 Mrd. DM.

Demgegenüber bezifferten sich die für Verkehr, Post und Fernmeldewesen auf 11,7, für Bildung und Wissenschaft auf 4,0, für Jugend, Familie und Gesundheit auf 4,2 Mrd. und für Städtebau und Wohnungswesen auf 2,7 Mrd. DM.

Eine Halbierung des Rüstungshaushalts könnte nicht nur zur sofortigen Schuldentilgung bei Bahn und Post führen, so daß deren Tarife gesenkt werden bzw. unangetastet bleiben könnten, sondern die freiwerdenden Mittel wären dann auch für den spärlich ausgestatteten Etat für Fernstraßen,

den sozialen Wohnungsbau und den sachlichen wie personellen Ausbau der Schulen und Hochschulen zu verwenden.

Ein solcher Schritt wäre darüber hinaus der auf lange Sicht wirksamste Beitrag zur Herstellung der Preisstabilität in der BRD. Die am 9. Mai 1971 beschlossene Kürzung der öffentlichen Ausgaben um 1,8 Mrd. DM für Investitionen, Bauten und Verwaltung wird nicht den Rüstungshaushalt belasten, sondern die finanzschwachen, gesellschaftspolitisch jedoch wichtigen Etats.

Der Absichtserklärung der Bundesregierung, über Haushaltskürzungen zur Stabilität zu gelangen, entsprechen Maßnahmen, die gegen die sozialen Interessen der Arbeiterklasse gerichtet sind.

5 Zusammenfassung

Die zusammenfassende Tabelle wiederholt Angaben, die bereits im vorangegangenen Text angeführt, kommentiert und belegt wurden. Sie enthält Zahlen, die für die Wirtschaftsentwicklung und die Lage der Arbeiterklasse in der BRD hervorstechend sind (jeweils nur die neuesten Werte). Es wird nicht die Originalquelle zitiert, sondern nur auf die Kennziffer des vorliegenden INFO verwiesen, dem die angeführten Angaben entnommen sind.

Zusammenfassende Tabelle

Nr.	Sachgegenstand	Zeitraum und Einheit	Größe	Vgl. Kennziffer
1	Bruttoinlandsprodukt zu			
	a) jeweiligen Preisen	1969/1970	% + 12,8	1.1
	b) Preisen von 1962	1969/1970	% + 5,0	1.1
2	Industrieproduktion			
	a) Index (1962 = 100)	Februar 1971	159,1	1.2
	b) gegenüber dem Vorjahr	Februar 1971	% + 5,1	1.2
3	Industrieumsatz insgesamt	Febr. 1970/Febr. 1971	% + 7,7	1.2
4	Auslandumsatz der Industrie	Febr. 1970/Febr. 1971	% + 8,1	1.2
5	Auftragseingang d. Industrie gegenüber dem			
	a) Vorjahr	Februar 1971	% + 0,0	1.2
	b) Vormonat	Februar 1971	% + 6,3	1.2
6	Exportüberschuß			
	a) absolut	4. Vj. 1970	Mrd. DM 5,0	1.3
	b) gegenüber dem Vorjahr	4. Vj. 1970	Mrd. DM + 0,1	1.3
7	Bruttoanlageinvestitionen der verarbeitenden Industrie (Schätzung)	1970/1971	% + 5,0	1.4
8	Beschäftigte in der Industrie			
	a) absolut	Februar 1971	Mio. 8,6	1.5
	b) gegenüber dem Vorjahr	Februar 1971	% + 0,6	1.5
9	Arbeitslose	März 1971	Tsd. 207	1.5
10	Industrieumsatz je Beschäftigten			
	a) absolut	Februar 1971	DM 5000	1.6
	b) gegenüber dem Vorjahr	Februar 1971	% + 8,7	1.6
11	Veränderung d. Bruttolohn- u. -gehaltssumme			
	a) insgesamt	1969/1970	% + 17,6	3.1
	b) je Beschäftigten	1969/1970	% + 14,7	3.1
12	Differenz des Zuwachses von Effektiv- und Tariflöhnen, -gehältern (Lohndrift)	4. Vj. 1970	% + 0,5	3.1
13	Lohnsteuer	1. Vj. 1970/1. Vj. 1971	% + 32,7	3.2
14	Veranlagte Einkommensteuer	1. Vj. 1970/1. Vj. 1971	% + 15,2	3.2
15	Körperschaftsteuer	1. Vj. 1970/1. Vj. 1971	% — 24,2	3.2
16	Nettolohn- und -gehaltssumme			
	a) insgesamt	1969/1970	% + 14,5	3.3
	b) je Beschäftigten	1969/1970	% + 12,1	3.3
17	Lebenshaltungskosten (alle Haushalte) Indexveränderung (1962 = 100)	März 1970/März 1971	in Pkt. + 5,6	3.4
18	Kaufkraftsteigerung d. durchschnittl. Monatsnettoeinkommen (Realeinkommenssteigerung) aufgrund des Lebenshaltungskostenindex	1969/1970	% + 8,3	3.5
19	Durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Industriearbeiter	Januar 1971	Stunden 42,3	3.6
20	Durchschnittliches Nettoeinkommen je Selbständigen	1969/1970	% + 15,9	4.1
21	Abschreibungen			
	a) insgesamt	1969/1970	Mrd. DM 74,1	4.1
	b) Steigerungsrate	1969/1970	% + 16,3	4.1
22	Ausgaben des Bundeshaushalts	1970/1971	% + 10,1	4.3